

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden Mittwoch Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zwei-Groschensheft in Oestrich (Ost-Eisen), Marktstraße 9 und Eltsville (S. Fritz) Dime, Eder-Guttenberg und Taunusstraße.

Nr. 134 — 1918

Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark, für den Monat 1 Mark, frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 3,42 Mark, monatlich 1,14 Mark mit Beleggeld. — Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pfg. Reklamezeile 1,50 Mark; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Sätze für Anzeigen-Entwürfe: Für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 6 Uhr, für kleinere Anzeigen morgens 9 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postbeamten Frankfurt a. M.

36. Jahrgang

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt

Ueberraschungen

Berlin, 11. Juni. Das gleiche Wahlrecht wurde in namentlicher Abstimmung mit 215 Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, der Nationalsozialisten und eines Teils des Zentrums gegen 164 Stimmen der Linken und des größeren Teils des Zentrums in der vierten Lesung abgelehnt.

* Das Preussische Abgeordnetenhaus ist gestern in die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage eingetreten. Die mehrwöchige Pause in den Verhandlungen hat dazu gedient, Beobachtungen einzuleiten, neue Projekte vorzubereiten, die zu der Regierungsvorlage in scharfem Widerspruch stehen. All die Projekte und all die neuen Anträge haben den Zweck, die Regierungsvorlage zu verwässern und gegen die eine Stimme Sturm zu laufen. Von den Vorschlägen ist nur Bedeutungswort der Kompromissantrag, der von den Konservativen, Freikonservativen, einem Teil der Nationalsozialisten und einem Teil des Zentrums dem Hause zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Dieser Antrag ist eine Grundstimmung vor. Außerdem erhält ein Zusatzartikel, der mindestens fünfzig Jahre alt ist. Eine Zusatzstimmung soll ferner erhalten, wer in einer öffentlichen Dienstleistung, in der Handarbeit oder in freien Berufen selbstständig oder als leitender Beamter eine gewisse Zeit tätig gewesen ist, wer seine Arbeitskraft dem öffentlichen Dienste widmet, wer mehr als zehn Jahre in einer öffentlichen Dienstleistung des öffentlichen Dienstes ehrenamtlich oder als festangestellter Beamter tätig ist. Ferner sollen auch die nichtleitenden Angestellten nach mehr als zehnjähriger Beschäftigung eine Zusatzstimmung bekommen, desgleichen Arbeiter, Arbeiterführer, welche Aufsicht über mindestens drei Arbeiter führen. Die man auf den ersten Blick erkennt, handelt es sich darum, den Einfluss der drei Klassen zu vergrößern. Die Arbeiterklasse besitzt die Zahl nach der überwiegenden Mehrheit, die Arbeiterklasse also würde alle wichtigen Stände bei der Gesetzgebung in Preußen mitbestimmen können. Bei den Konservativen, Freikonservativen und den Nationalsozialisten ist die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht maßgebend gewesen. Der Teil des Zentrums, der sich auf den Boden dieses Antrages gestellt hat, lässt sich einzig und allein von schweren Sorgen um Staat, Kirche und Schule leiten. Das war Parlament, das aufgrund des gleichen Wahlrechts zustande käme, würde — so sagt dieser Teil des Zentrums — und alsbald eine linksliberal-sozialdemokratische Mehrheit bringen und damit die vernünftigen, wofür wir seit mehr als zehn Jahren gekämpft haben.

Der Minister des Innern, Dr. Drow, hat den Kompromissantrag entschieden abgelehnt, weil er dem Prinzip des gleichen Wahlrechts widerspricht. Schon an und für sich erheben sich große praktische Schwierigkeiten. Ueber die Alterszustimmung lässt sich ja reden, denn einmal ist jeder in der Lage, diese Zusatzstimmung zu erhalten, wenn ihn Gott das längste Lebensalter überschreiten lässt und zweitens kann man sich der Erwägung nicht verschließen, dass Männer in höherem Lebensalter eine bessere Einsicht, gepaart mit ruhiger Ueberlegung, besitzen, als die Jüngeren und Dränger, die zum ersten Male ihre bürgerlichen Rechte ausüben. Aber wer entscheidet darüber, wer in einem Betriebe leitender Beamter ist? So mancher Angestellte in leitender Stellung hat eine weit größere Verantwortung zu tragen, leistet unendlich viel mehr für das Volksganze als irgend ein selbstständiger Mann. Doch darüber würde man vielleicht nachkommen, wenn die Regierung nicht ihr hartnäckiges Verstehen hätte. Sie ist verpflichtet, unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht durchzuführen zu bringen. Außer der Alterszustimmung sind für sie alle Vorschläge unannehmbar, weil sämtliche Zusatzstimmungen dem Verbot der Krone und der Regierungswiderstand. Graf Hertling hat mehrfach versichert, dass er mit dem gleichen Wahlrecht strebe und falle, er wird sich niemals mit einem abgetunten Wahlrecht abgeben, selbst wenn er es könnte. Liegen oder stehen — das gilt heute für die Regierung. Sie sieht keinerlei Ausweg, um die Wahlrechtsvorlage glänzend durchzubringen. Durch Minister hat die Regierung wiederum erklärt, dass sie auf den Boden des Antrages nicht treten kann und dass ein Zustandekommen der Grundstimmung ausgeschlossen ist. Was soll werden? Die Hoffnung, mit Hilfe des Reichstages die Vorlage durchzubringen, ist nach dem Wasser geworden, denn auch in der Reichskammer gibt es keine Mehrheit für die Vorlage der Regierung. Lange Zeit durfte man erwarten, dass schließlich doch noch ein Weg zur Verwirklichung gefunden würde. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Bei der vierten Lesung der Vorlage der Regierung hat das gleiche Wahlrecht weniger als bei der dritten. Das ist ein sozialdemokratischer und sozialistischer Vorstoß, der alle Sicherungen abnehmen mit der Vorbedingung, dass es ihnen ja in erster Linie um die soziale, mit Hilfe des gleichen Wahlrechts eine funktionelle Schule zu Fall zu bringen und das Verhältnis von Staat und Kirche gründlich zu ändern. Die Regierung steht demnach vor

einer schweren Wahl. Abtreten oder aufhören — einen anderen Weg scheint es kaum zu geben.

Nun noch ein Wort zur Haltung der Zentrumsfraktion. Der größere Teil hat für die Regierungsvorlage gestimmt, der kleinere unterstüht den Kompromissantrag, dem ein abgestuftes Wahlrecht zugrunde liegt. Die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Borch muss ganz naturgemäß große Ueberraschung hervorrufen. Denn in der breiteren Öffentlichkeit glaubte man bisher, dass — wir zitieren ein Wort Erzberger — nur einige Angehörige des Adels und der Vaterlandspartei dem gleichen Wahlrecht abgeneigt seien. Tatsächlich ist die Fraktion in der Frage gespalten, wie ja auch innerhalb der Zentrumsfraktion die Meinungen verschieden sind. Wie lagen nun die Dinge? Auf der einen Seite stehen Sozialdemokraten und Freisinnige, die gar kein Hehl daraus machen, welche Politik sie einschlagen, wenn sie durch das gleiche Wahlrecht zur Macht kommen: sie wollen lieber das Dreiklassenwahlrecht beibehalten als die Sicherungen annehmen. Auf der anderen Seite sind Konservative, Freikonservative und ein Teil der Nationalsozialisten für die Sicherungsanträge des Zentrums, wenn ein Pluralwahlrecht eingeführt wird. Angehörige dieser Alternativen hat der kleinere Teil der Fraktion sich bereits für den Kompromissantrag entschieden. Die Ausführungen des Herrn Dr. Borch lassen keinen Zweifel darüber, dass die größere Mehrheit der Fraktion mit der Mehrheit gehen wird, wenn die Linke in ihrer Hartnäckigkeit verharrt. „Um zum Ausdruck zu bringen, dass wir grundsätzlich für das gleiche Wahlrecht sind, werde ich und die Mehrheit meiner Freunde zu nächst für die Einführung des gleichen Wahlrechts stimmen.“ — solche Worte sind unzweideutig und mühten der Linken eine Warnung ein. Sollte die Zentrumsfraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit tatsächlich das gleiche Wahlrecht auf der Seite der Kirche und Schule abzulehnen gezwungen sein, dann trifft linksliberalismus und Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Dann hätte der unabhängigste Stempel recht, der geltend auftritt: „Die Wahlrechtsfrage ist nicht rechts, sondern links bei den Freisinnigen und Sozialdemokraten.“ Die Haltung der Zentrumsfraktion ist hochbedeutungsvoll, weil sich das Kabinett Dertling auf das gleiche Wahlrecht verpflichtet hat. Graf Hertling aber war der Führer der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages. Dass seine Position schwierig wird, wenn die Mehrheit seiner einstigen politischen Freunde gegen ihn sich wendet, bedarf keines weiteren Wortes. So manche Ueberraschungen um die Wahlrechtsvorlage geschehen, das größere stehen uns vielleicht noch bevor, wenn wir auch trotz allem die Hoffnung nicht aufgeben, dass schließlich doch ein Kompromiss zwischen Regierung und Volksvertretung den preussischen Staat vor schwerer Erschütterung bewahrt.

Der Verhandlungsbericht

Berlin, 11. Juni.
Am Ministerrat: Dr. Friedberg, Dr. Drow. — Das Haus ist gut bestellt.
Präsident Graf Schwerin-König eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr. Werte Lesung der Wahlrechtsvorlage. Nach einer Begründung findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Daran soll sich die Einzelberatung über das Gesetz, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, anschließen. Es folgt die Einzelberatung der Regierungsvorlage, darauf die Einzelberatung des Kompromissantrages. Zum Schluss findet eine Gesamtberatung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung statt.

Es ist bereits eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht. Zunächst handelt es sich darum, die Wahlen in der Abgeordnetenhausvorlage auszufüllen, die beim 3. durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts und die Ablehnung des Pluralwahlrechts entstanden sind. Ein fast identischer Antrag will den 3. der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) wiederherstellen; ein Antrag Kulas (natl.) will dem 3. folgende Fassung geben: „Jeder Wähler hat eine Stimme“, und ferner liegt der bekannte Kompromissantrag Dr. Kohnmann (natl.) u. Dr. Heydebrand (konf.) u. Dr. Adickes (freisinn.) und u. Dr. Hagen (zent.) vor. Danach soll im 3. festgesetzt werden, dass jeder Wähler eine Grundstimmung hat. Außerdem erhält je eine Zusatzstimmung: 1. der mindestens 30 Jahre alt ist, 2. der entweder a) in Land- oder Forstwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und im freien Beruf selbstständig ist, oder b) der mehr als 10 Jahre im Reichs-, Staats-, kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst tätig ist, oder c) in einer öffentlichen Dienstleistung des öffentlichen Dienstes tätig ist, oder d) als nicht leitender Angestellter in geschäftlicher Stellung tätig ist, oder e) als Ausbilder, Vorarbeiter usw. Die Aufsicht über mindestens fünf Arbeiter führt. Weiter soll der Kompromissantrag festgesetzt, dass nur wahlberechtigt ist, wer seit mindestens drei Jahren Staatsangehöriger ist und der seit zwei Jahren in einer Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Der Kompromissantrag will ferner eine Verfassungsänderung mit der 3. Mehrheit. Bisher war eine 3. Mehrheit vorgesehen. Das Zentrum hat wieder seine Sicherungsanträge eingebracht, auch den, dass der Verfassungsausschuss dauernd aufrecht erhalten werden. Die Kirche soll im Besitz der Stiftungen und Fonds bleiben, der konfessionelle Charakter der Volksschule soll aufrecht erhalten bleiben. Die Arbeitervereine des Zentrums, Bruch, Gronowski u. a. haben eine Reihe von Anträgen eingebracht, die in erster Linie das gleiche Wahlrecht fordern und dann eine Milderung der Kom-

promissanträge suchen. Danach soll wahlberechtigt sein, der seit einem halben Jahr in einer Gemeinde wohnt. Ferner beantragen sie Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von großen Wahlkreisen.

Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.): Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben. Meine politischen Freunde werden für die vorliegenden Kompromissanträge stimmen. Diese entsprechen nicht ganz unserer Ansicht, aber es erscheint uns notwendig, die entstandene Rinde auszufüllen. Es ist erforderlich, dass eine möglichst große Mehrheit sich für diese Anträge findet. Wir sind der Meinung, dass unsere Anträge im Interesse des Landes liegen (Vachn links), und werden daher dafür stimmen (Beifall rechts).

Abg. Dr. Borch (zent.): Der gestrige Tag hat eine ganz unerwartete Wendung gebracht. Die Parteien, die den Mehrheitsantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge, so weit sie irgend können, zu stimmen. Das hat meine Freunde in eine außerordentlich schwierige Situation gebracht. (Hört! Hört! links.) Wir haben wiederholt betont, welchen Wert wir auf diese kulturellen Sicherungen legen, falls das gleiche Wahlrecht angenommen wird, aber allerdings auch für den Fall, dass ein Mehrheitsantrag angenommen wird. Mit Rücksicht auf diese Bereitwilligkeitserklärung der linken Parteien, die den Kompromissantrag eingebracht haben, wird derjenige Teil meiner Freunde, der seine endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der ganzen Beratung abhängig gemacht hat und mit Rücksicht meinetwegen, dass die Volkspartei und die Sozialdemokraten die Sicherungsanträge abgelehnt haben, und im Hinblick auf die Gründe, welche dafür den sozialdemokratischen Seite, aber auch in einem Teil der freisinnigen Presse vorgebracht worden sind, für den Kompromissantrag eintreten. (Ermüdendes Hört! Hört! links.) Um aber zum Ausdruck zu bringen, dass wir grundsätzlich für das gleiche Wahlrecht sind, werden ich und die Mehrheit meiner Freunde zunächst für die Einführung des gleichen Wahlrechts stimmen.

Abg. Adickes (freisinn.): Wir stimmen dem Kompromissantrag durchweg zu. (Beifall rechts.) Abg. Dr. Kulas (natl.): Man hätte meinen sollen, dass uns bei dieser vierten Lesung mehrere Debatten erspart werden würden. Aber die Arbeitsmühsal fordert die laute und hässliche Kritik heraus. (Sehr richtig! links.) Monate hindurch haben wir schwere Verhandlungen geführt. Die Mehrheit hat sich gegen uns auf einen bestimmten Standpunkt gestellt. Plötzlich kam nach Abschluss der Aussprache Verhandlungen der Antrag Kohnmann überraschend für alle. Wir erlebten drei Anläufe, von denen wir nicht behaupten können, dass etwa die zweite oder dritte Auflage eine Verbesserung gewährte. (Sehr richtig! links.) Sie sehen uns also der Möglichkeit aus — und ich weiß nicht, ob nicht mit vollem Bewusstsein — (Beifall Zustimmung links; Vachn rechts), dass nach einer Änderung dieses so überlieferten Zustandekommen Kompromiss nötig ist, so dass eine feste und letzte Fassung herbeigeführt wird. (Zuruf links: Das ist ja die Absicht!) Der Kompromiss wurde so geheim gehalten, dass sogar die Mehrheit der nationalliberalen Partei, die links Hand nicht wissen sollte, was sie rechte tut. Ich bemerke die Gehalt der Regierung (Stärkliche Zurufe links; Vachn rechts), die noch immer jagt, das letzte entscheidende Wort zu sprechen, das nur lauten kann: „Berg mit diesem Danke!“ (Beifall links; Vachn rechts.) Ich hoffe, dass die Regierung nun wenigstens unerschrocken die Aufstellung neuer Wahlkreise anordnet wird. Mit großem Bedauern hören wir, dass sogar ein Teil des Zentrums dem Kompromiss zustimmt. (Abg. Kohnmann: Viele vom Zentrum.) Ich hoffe immer, dass auch dieser Teil der Geschichte und Tradition seiner Partei erinnern wird, die immer für das gleiche Wahlrecht eingestanden war. Durch die Verabschiedung der Wahlen, Vertikaler usw. glauben Sie eine besondere Schamhaft zu begreifen. Sie wollen damit einen Teil freieren zwischen die Arbeiter. Aber die Arbeiterklasse merkt ihre Absicht und wird ganz einmütig gegen dieses Kompromiss vor die Türe werfen. (Beifall Zustimmung links; Vachn rechts.) Endlich sind diese 30 Jahre der Dant der Konservativen und der Schwer-Nationalisten für die Freiheit an der Front, die unter Vorkriegsbedingungen haben. Die Konservativen zeigen sich wieder in ihrer ganzen Blöße, aber sie bleiben sich wenigstens treu. Unbereiflich aber ist mit der Vorlage vom rechten Flügel der nationalliberalen Partei. (Sehr richtig links.) Das ist nicht mehr liberal, sondern reaktionär. (Ermüdendes Zustimmung links.) Ich kann nur den freisinnigsten Rat erteilen, das Wort liberal aus der Firma zu streichen. (Beifall Zustimmung links.) Das Abkündigen kann nicht zurückgenommen und nicht unangelehnt werden. Mit dem Kompromissantrag stellt man dem König zu, sein Wort zu brechen. (Beifall Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Will man so die Autorität der Krone stützen? Graf Hertling und Herr v. Bower haben und sollen mit dem gleichen Wahlrecht. Bedenken die Herren der Mehrheit nicht die Gefahr für den inneren Frieden, wenn es zu einer Katastrophe kommt? (Beifall Zustimmung links; vereinzeltes Zischen rechts.)

Minister des Innern Dr. Drow.
Ich will nur auf den Kernpunkt der ganzen Vorlage und Anträge eingehen. Das ist und bleibt der 3. Der in veränderter Form angenommene Antrag Kohnmann hat damals bereits von der Regierung die Erklärung ausgelöst, dass er den Grundgedanken des gleichen Wahlrechts widerspricht, an dem die Regierung unbedingt festhalten müsse. In dem früheren Antrag Kohnmann war wenigstens dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, durch zehnjährigen Wohnsitz eine Zusatzstimmung zu erwerben. Nach dem vorliegenden Antrag haben nur die geschäftlichen Arbeiter, Vorarbeiter und Motorenführer, diese Möglichkeit. Da nicht jeder Arbeiter Vorarbeiter werden kann, der aber mindestens fünf Arbeiter die Aufsicht führt, so scheitert von vornherein ein großer Teil unserer Arbeiterklasse von der Erlangung der zweiten Stimme und somit von der gleichberechtigten Stellung des Wahlrechts aus. Dagegen kann Unternehmer bereits nach einjährigem Wohnsitz eine Zu-

stimmung bekommen. Die Regierung muss auch für diesen Antrag erklären, dass sie auf seinem Boden nicht treten kann, und dass auf dem Boden dieses Antrages ein Zustandekommen dieser Vorlage für die Regierung ausgeschlossen ist.

Abg. Kulas (natl.): Meine Freunde haben immer erklärt, dass sie bereit sind, alle denkwürdigen Vorschläge anzunehmen, welche die Regierung als im Rahmen der Regierungsvorlage des gleichen Wahlrechts und der konstitutionellen Verfassung liegend erachtet wurde. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, dass die Regierung dem Kompromissantrag nicht zustimmen kann, und ich erkläre für meine Freunde, dass wir auch diesen Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind schon, jeder für sich betrachtet, recht bedenklich, aber in ihrer Zusammenfassung sind sie unannehmbar. (Beifall links.)

Abg. Kohnmann (natl.): Herr Drowide beschneidet sich zu Unrecht über die Heiligkeit unserer Vorlesung. Wir die vollständig ablehnende Haltung der Linken und der Regierung kennen, wäre die Verabschiedung dieser Vorlage doch eine Fortschritt gewesen. Ich habe morgen in der abendlichen Sitzung in dem Kompromiss einstimmig beschlossen, indem ein Teil des Zentrums dafür gewonnen wurde. Die Wahlrechtsfrage ist so allseitig hier erörtert worden, dass Neues nicht mehr zu sagen ist. Die Sozialdemokratie hat selbst so genug gesagt, dass die bürgerlichen Parteien mit dem allgemeinen Wahlrecht auf ihren Untergang hin arbeiten. Das gleiche Wahlrecht führt nur zur Fortsetzung eines Ständes, nicht zu einer allgemeinen Vertretung aller Stände. (Beifall Zustimmung rechts.) Unter Antrag befindet sich ein hartes Eingangsformel der konservativen Parteien. Die Unzufriedenheit, die von den Arbeitern am meisten beunruhigt worden ist, haben wir hängen lassen. Die Aufnahme der Dreiklassenwahlrecht ist eine Folge der Kompromissverhandlungen. Meine Freunde wollten sie nicht haben, mussten sie aber zugestehen, um das Kompromiss schwebend zu bringen. Die Staatsregierung soll sich, wie es das Kompromiss vorschreibt, die Sache rechtlich überlegen. (Beifall rechts.)

Abg. Kohnmann (natl.): Wir lehnen den Kompromissantrag ab. Er ist ein Rückschritt an der Mehrheit der Wähler. Die Annahme der Sicherungsanträge würde den Wahlkreiszustand, in dem sich die tatsächliche Bevölkerung im Osten durch die Einrichtung der Sammelwahlkreise befindet, verzerren. Gerade das oberste Ziel des Zentrums ist mit Rücksicht auf seine Wählerkreise alle Verabschiedung, für das gleiche Wahlrecht einzutreten.

Abg. Veinert (Soz.): Der Kompromissantrag bedeutet eine Rückschrittserklärung für die Mehrheit des arbeitenden Volkes. Dazu kommen die Sicherungsanträge des Zentrums und die Verhältnisse werden für den Osten, die nur die konservativen Mandate retten sollen, und zum Schluss die Dreiklassenwahlrecht für Verhältnisseänderungen. Es gehört eine reine Stimmzettel, der gegen den Willen auszuweichen. Die Verabschiedung des gleichen Wahlrechts bedeutet eine reinen Stimmzettel gegen unsere Kämpfer an der Front. Wir verlangen das gleiche Wahlrecht, weil es den Krieg abkürzt und die Verabschiedung der Wähler erleichtert. In diesen Kompromissanträgen trägt auch die Regierung einen Teil der Schuld durch die Erklärung, durch die sie vom gleichen Wahlrecht abgewichen ist, und dabei hat die Regierung vorher erklärt, dass das gleiche Wahlrecht ihre Ueberzeugung entsetze. Umso bedauerlicher, dass sie davon nicht abgesehen, sondern erklärt hat, dass sich über die Mehrheiten reden lasse. Wir verlangen die Aufhebung des Abgeordnetenhausgesetzes.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Wir haben heute etwas Theaterkomödie gespielt. Wenn man die Reden der Herren Kohnmann und Veinert hört, dann möchte man meinen, dieses Kompromiss habe keine Aussicht, weil die Regierung es ablehnt, und sie möge es ablehnen. Es ist aber von den Herren nicht das Mindeste getan worden, um die Wahlrechtsfrage. Die Wahlrechtsfrage ist nicht rechts, sondern links bei den Freisinnigen und Sozialdemokraten. (Beifall links.) Die Rechte treut sich darüber, dass die die Volk verlassen haben. (Zuruf rechts: Verabschieden Sie nicht fortgesetzt. Präsident Kohnmann ruft Veinert zur Ordnung.) Die Regierung ist vielleicht zum Unfall bereit. In der Kommission hat ja die Regierung schon das Mehrheitsantrag für Kure und Änderung als belanglos hingestellt. Der Antrag ist die rechte Niederträchtigkeit. (Beifall Zustimmung links.) Ich habe mich ganz verabschiedet, wodurch sich dieser Ausdruck brühen soll. Kohnmann ruft: Lassen Sie sich doch nicht entziehen, wir von einem Schmeichelei. (Beifall Zustimmung Kohnmann mit Kohnmann zur Ordnung. Kohnmann entwidert: Wir sind hier doch nicht in einer Schule, wo man sich von dem Schmeichelei entziehen lässt. (Beifall Zustimmung Kohnmann zur Ordnung.) Ströbel fortsetzt: Man merkt es, dass wir einen liberalen Präsidenten haben. (Beifall Zustimmung Kohnmann mit Ströbel zur Ordnung.) Ströbel fährt fort: Die richtige produktive Arbeit wird entzerrt und jeder, der versucht, soll eine Stimme bekommen. Wenn auch Herr v. Bower gesagt hat, er werde sein Amt niederlegen, wenn das gleiche Wahlrecht nicht kommt, das hören die Konservativen nicht, und noch den Reden, die wir von diesem Vorgesetzten gehört haben, ist es auch nicht anders. Die Regierungsozialisten sind den Imperialisten und Militaristen zu Hilfe gekommen. Herr Schweidemann nimmt ja jetzt sogar Mühsal. (Zuruf links: Der Tag der Abrechnung mit allen Volkverrättern wird kommen.) In der Spezialberatung begründet

Abg. Gronowski (zent.) einen Antrag, der besagt, dass jeder Bürger wahlberechtigt ist, der 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren Staatsangehöriger ist, in dem Wahlkreis, in dem er seit einem halben Jahr seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat. Er fährt aus: Eine längere Aufenthaltsverpflichtung bedeutet eine Entzerrung der Industriearbeiter und deshalb ist der Antrag Kohnmann für meine Freunde unannehmbar. Die Herrschaftsmänner der Generalschulen und die Sicherheitsmänner werden dadurch einseitig den Arbeitern gegenübergestellt. Auch den Antrag Kohnmann werden 25 Prozent der Wähler entzerrt. In welchem Industriegebiet verlieren die Leute Arbeit und müssen es aus wirtschaftlichen Gründen.

Abg. Dietrich (Soz.) unterstützt den Antrag Gronowski.
In der namentlichen Abstimmung
Über den Antrag Kohnmann wird über den 3. abgestimmt, der besagt: Wahlberechtigt ist jeder Bürger, der mindestens 25 Jahre alt und seit mindestens drei Jahren Staatsangehöriger der preussischen Gemeinde

um in seine Heimat zu fliehen. Nach längerer
ermüdlicher Wanderung kam er in einer großen
Stadt zu und glaubte in Petersburg zu sein.
Groß war aber die Enttäuschung, als er hier
erst bald festgenommen und nach Worms ins
Kriegsgefangenenlager transportirt wurde, denn er
war statt nach Petersburg nach — Wiesbaden ge-
fahren.

Bad Orb. Die Kur-Frequenz beträgt bis zum 8. Juni 154 Bassanten und 1123 Kurgäste.

... In den letzten zehn Jahren
durch große Brände ungefähr 20.000
Mile mit einer Bodenfläche von mehr als
Millionen Quadratmetern, das ist ungefähr
die Hälfte der Ausdehnung der Stadt, vernichtet.
Washington, 8. Juni. Reuter meldet:
Die Beizenernte in den Vereinigten Staaten wird

sich auf 931 Millionen Aufheiß stellen. Der diesjährige Mehrertrag beträgt daher 30 v. H.

Vange in Schwabach, 10. Juni. Der Herr
eier des Rgl. Landrats erläßt heutz. der Grün-
ung von Innungen folgenden Hinweis: Von
nen berufenen Vertretungen des Handwerks wird
unbedingt außerordentlich für die Bildung von
nungen geordnet. Es kann von dieser Stelle

Toten. Gesamtanzahl der Beerdigten in
der Stadt etwa sechs Stunden. Führung des
letzten Hugo Tischer und Dr. Meis. Mundvor-
für den ganzen Tag mitnehmen.
Stadtschmidt Nachrichten
Gestorben. Am 9. Juni: Verkäuferin Ra-
marie Gierke, 24 J.; Arbeiter Jakob Deeb, 62 J.
Am 10. Juni: Marianne Knebel, 2 J.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Römische Beispiele

Die neuen ostlich gelegenen Preise sind:

Maggo's Würste in Originalflaschen No. 3 (etwa 250 g.)	N. 245
in großen Flaschen No. 6 (etwa 1400 g.)	N. 850
Der neue Roggenbrot (10 kg.)	Maggo's Würste betragen 65 Pfg.
Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)
Der anerkannte Ruf der Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)

Letzte Nachrichten

Die neuen ostlich gelegenen Preise sind:

Maggo's Würste in Originalflaschen No. 3 (etwa 250 g.)	N. 245
in großen Flaschen No. 6 (etwa 1400 g.)	N. 850
Der neue Roggenbrot (10 kg.)	Maggo's Würste betragen 65 Pfg.
Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)
Der anerkannte Ruf der Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)

Aus dem Vereinsleben

Die neuen ostlich gelegenen Preise sind:

Maggo's Würste in Originalflaschen No. 3 (etwa 250 g.)	N. 245
in großen Flaschen No. 6 (etwa 1400 g.)	N. 850
Der neue Rogg'n-Meisel (10 g.)	Maggo's Würste betragen 65 Pfg.
Maggo's Fleischbrühe-Meisel (10 g.)	Maggo's Fleischbrühe-Meisel kostet 10 Pfg. in 10 g. und 20 g. Packungen.
Der anerkannte Ruf der Maggo-Fabrik, fast bürgt für	
Qualität, ohne Preis zu erhöhen.	

KURSBERICHT

Die neuen ostlich gelegenen Preise sind:

Maggo's Würste in Originalflaschen No. 3 (etwa 250 g.)	N. 245
in großen Flaschen No. 6 (etwa 1400 g.)	N. 850
Der neue Roggenbrot (10 kg.)	Maggo's Würste betragen 65 Pfg.
Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)
Der anerkannte Ruf der Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)	Maggo's Fleischbrühe (10 kg.)

Ähnliche Devisenkurse der Berliner Börse

Für telegraphische Auszahlungen	10. Juni		11. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Dänemark 100 Kr.	253 1/2	254 1/2	253 1/2	254 1/2
Schweden 100 Kr.	157 1/2	1 8—	158 1/2	159—
Norwegen 100 Kr.	171 1/2	171 1/2	173 1/2	173 1/2
Schweiz 100 Fr.	159 1/2	159 1/2	159 1/2	159 1/2
Fien	122 1/2	122 1/2	124 1/2	124 1/2
Budapest 100 K.	66.55	66.55	66.55	66.55
Bulgarien 100 Lva	79.—	79 1/2	79.—	79 1/2
Lissabon 100 Pes.	103.—	104.—	103.—	104.—
Constantinopel	103.—	104.—	103.—	104.—

Raggi.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Rohstoffpreise
der Betriebskosten sah auch die Maggi-Gesellschaft sich
genötigt, die bisher eingesetzten Zutatenpreise zu erhöhen.
Die neuen auflich genehmigten Preise sind:
Maggi's Wäge in Originalflaschen No. 3 (etwa 250 g.) M. 2.45
" " in großen Flaschen No. 8 (etwa 1400 g.) M. 8.50
der neue Rohstoffpreis für 100 g. Maggi's Wäge beträgt 85 Pf.
Maggi's Rohstoffpreis für 100 g. für 100 g. in 100 g. für 100 g. für 100 g.
Der anhaltende Auf der Maggi-Gesellschaft führt zur
Qualitätssteigerung.

